

Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion

.....
.....
Eine Übersicht in Stichworten

www.spdfraktion.de



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Vorwort



Die Bundesrepublik Deutschland wird sechzig. Seit 1949 ist der Bundestag ein zentraler Ort, an dem die politischen Weichen der Republik mitgestellt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte von Beginn an starken Anteil an dieser Weichenstellung. Ob als Regierungs- oder Oppositionsfraktion war sie immer ein tragender Pfeiler der wachsenden Demokratie. Seit ihrem ersten Zusammentreten am 6. September 1949 in Köln waren Fraktionssitzungen ungezählte Male der Ort, an dem um sozialdemokratische Richtungsentscheidungen gerungen wurde. Von der Westbindung in den fünfziger Jahren über die Ostpolitik Willy Brandts, die in den siebziger Jahren die Chance für die spätere Auflösung der Blöcke und die Einheit Deutschlands säte.

Immer war es die SPD-Fraktion, die die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger am intensivsten im Auge hatte und mit großer Entschiedenheit vertreten hat. Dabei war für uns auch zu Oppositionszeiten immer die Richtschnur, unsere Arbeit nicht am Wünschbaren, sondern am Machbaren und Möglichen auszurichten.

Diese Veröffentlichung soll einen knappen Überblick über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion über die Jahrzehnte hinweg geben. Sie soll deutlich machen, durch welche wesentlichen Entscheidungen in Fraktion und Parlament Deutschland geprägt wurde.

Tausende von Frauen und Männer haben in dieser Fraktion über 60 Jahre die Geschichte der Bundesrepublik mitgestaltet und dazu beigetragen, Deutschland zu einer starken Demokratie zu machen. Die Veröffentlichung soll deshalb auch vergegenwärtigen, dass die SPD-Bundestagsfraktion zu allen Zeiten ein starkes Stück Sozialdemokratie war und ist.

Reinhold
Hüsch

Fraktionsgeschichte



August Bebel vor dem Reichstag · 1905

Bereits in das erste deutsche Parlament, der Paulskirche in Frankfurt 1848, zogen Arbeitervertreter ein. Sie können als Vorläufer der deutschen Sozialdemokratie angesehen werden. Während der Zeit des Kaiserreichs entwickelt sich die Sozialdemokratie bis 1912 zur stärksten Partei. Ihr bekanntester Redner ist August Bebel.

In der Weimarer Republik ist die SPD an vielen Koalitionsregierungen gemeinsam mit der katholischen Zentrumspartei beteiligt. Neben Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten in der deutschen Geschichte stellt sie mit Hermann Müller einen der bemerkenswertesten Reichskanzler. Nach einer flammenden Rede ihres Vorsitzenden Otto Wels stimmt die SPD-Fraktion 1933 geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitler die parlamentarische Demokratie abschafft.



» 14. August 1949: Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag

» Die SPD kommt auf 29 % der Stimmen, die CDU/CSU erhält 31%.



» Erster Vorsitzender der SPD-Fraktion wird Kurt Schumacher, der auch Parteivorsitzender ist.

» Die CDU/CSU wird von kleineren bürgerlichen Parteien unterstützt und bildet die Regierung.



» 15. September 1949: Der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer wird zum ersten Bundeskanzler gewählt.

» 1952 stirbt Schumacher. Sein Nachfolger als Partei- und als Fraktionsvorsitzender wird Erich Ollenhauer.



*Paul Löbe, Luise Schröder, Kurt Schumacher
Erich Ollenhauer
Carlo Schmid
Jeanette Wolff
Kurt Schumacher und Annemarie Renger*

1949–1953



Erich Ollenhauer, Kurt Schumacher - 1950

Für die SPD, deren Wahlergebnis nur knapp hinter dem der CDU/CSU liegt, kommt eine Koalition mit der KPD nicht in Frage – sie entscheidet sich für die Oppositionsrolle.

Zur ersten SPD-Bundestagsfraktion, die am 6. 9. 1949 in Köln zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, gehören auch 25 frühere Mitglieder des Reichstags, unter ihnen der langjährige Reichstagspräsident Paul Löbe. Alle SPD-Abgeordneten im Reichstag hatten 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, mit dem die Diktatur der Nazis eingeleitet wurde. 24 Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion hatten ihren Widerstand gegen das Hitler-Regime mit dem Leben bezahlen müssen.

Erster Fraktionsvorsitzender wird Parteichef Kurt Schumacher, der viele Jahre im KZ gelitten hatte. Stellvertretende Vorsitzende sind Erich Ollenhauer und Carlo Schmid. Schumacher verstirbt schon 1952. Seine beiden Ämter übernimmt Erich Ollenhauer. Als glänzende Debattenredner treten insbesondere Carlo Schmid, Fritz Erler, Herbert Wehner und Adolf Arndt hervor. Schwerpunkte der Gesetzgebung in dieser ersten Legislaturperiode sind unter anderem der Lastenausgleich, die Wiedergutmachung für Verbrechen an den Juden und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

2. LEGISLATURPERIODE 1953–1957



- » 6. September 1953: Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag
- » Die SPD wird mit 28,8% wieder zweitstärkste Kraft.
- » Zum Fraktionsvorsitzenden wird Parteichef Erich Ollenhauer wiedergewählt.
- » Carlo Schmid wird erneut zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt.

*Herbert Wehner
Heinz Kühn
Luise Albertz
17. Juni 1953 in Berlin*

1953–1957



Alter Plenarsaal in Bonn · 1953

Die Niederschlagung des Volksaufstands in der DDR vom 17. Juni 1953 bildet einen der Höhepunkte der kommunistischen Machtsicherung im Ostblock. Unterstützt von starken antikommunistischen Stimmungen provoziert Adenauers Politik der Westintegration und Wiederbewaffnung die Gegnerschaft der SPD. So gelang es den Sozialdemokraten bei der zweiten Bundestagswahl nicht, den Rückstand gegenüber der Union auszugleichen.

Mit den Pariser Verträgen soll der Bundesrepublik der Beitritt zur Nato und zur WEU ermöglicht werden – die SPD-Bundestagsfraktion votiert gegen diese Verträge, wird aber überstimmt.

Mit der sogenannten Paulskirchen-Bewegung formiert sich erstmals eine außerparlamentarische Initiative. Sie wird vor allem von der SPD, den Gewerkschaften und Teilen der evangelischen Kirche getragen.

Wie schon im ersten Bundestag wird das Profil der Fraktion nicht zuletzt durch führende Landes- und Kommunalpolitiker geschärft.

3. LEGISLATURPERIODE 1957–1961



- » 14. September 1957: Wahl zum dritten Deutschen Bundestag
- » Die SPD erringt 31,8 % der Stimmen.
- » Fraktionsvorsitzender wird erneut Erich Ollenhauer, sein Stellvertreter ist zeitweilig Herbert Wehner.
- » 1959 beschließt die SPD ihr »Godesberger Programm«.
- » September 1960: Willy Brandt wird Kanzlerkandidat der SPD.

*Willy Brandt
Willi Eichler
Erich Ollenhauer mit Hildegard Knef
Kampf dem Atomtod*

1957–1961



*E. Ollenhauer, H. Wehner, A. Nau, F. Erler, C. Schmid, E. Schoettle, W. Eichler (v.l.)
Bad Godesberg · November 1953*

Nach der Wahl zum dritten Deutschen Bundestag ziehen nur noch fünf Parteien in den Bundestag ein – im ersten waren elf, im zweiten sieben Parteien vertreten gewesen. Die SPD verfügt jetzt über etwas mehr als ein Drittel der Sitze. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik können Verfassungsänderungen nicht mehr ohne ihre Zustimmung beschlossen werden. Reformer wie Carlo Schmid, Fritz Erler, Heinrich Deist, Willy Eichler und auch Herbert Wehner suchen nach Wegen, die SPD aus ihrer »ewigen Oppositionsrolle« herauszuführen.

Partei und Fraktion kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaftern, evangelischen Kirchenvertretern und Intellektuellen in der Kampagne »Kampf dem Atomtod« gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Wehner bekennt sich 1960 zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Regierung, zur Westintegration und zur Nato.

4. LEGISLATURPERIODE 1961–1965



» August 1961: Bau der Berliner Mauer

» 17. September 1961: Wahl zum vierten Deutschen Bundestag

» Die SPD erringt 36,2 % der Stimmen.

» 1963: Tod Ollenhauers

» 1964: Willy Brandt wird SPD-Partei-vorsitzender, Fritz Erler SPD-Fraktions-vorsitzender.

*Fritz Erler
Erwin Schöttle
Egon Bahr
Willy Brandt mit John F. Kennedy*

1961–1965



Bernauer Straße · August 1961

Im vierten Deutschen Bundestag, gewählt kurz nach dem Bau der Berliner Mauer, ist die SPD zwar deutlich stärker geworden, sie kann aber einen Regierungswechsel noch nicht herbeiführen. Die SPD-Fraktion stellt jetzt mit dem wiedergewählten Carlo Schmidt und den neugewählten Erwin Schoettle zwei Bundestags-Vizepräsidenten. Nach dem Tod Ollenhauers wird mit Fritz Erler ein Politiker an die Spitze der Fraktion gewählt, der wie seine beiden Vorgänger und wie zahllose andere Sozialdemokraten in der NS-Zeit verfolgt und eingekerkert worden war.

1962 werden auf dem Kölner Parteitag der SPD Willy Brandt und Herbert Wehner zu stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Im Juli 1963 erläutern Brandt und Egon Bahr das Konzept vom »Wandel durch Annäherung«. Nach dem Tod Ollenhauers im Dezember 1963 findet ein Generationswechsel statt. Ein außerordentlicher Parteitag im Februar 1964 wählt Willy Brandt zum Parteivorsitzenden sowie Fritz Erler und Herbert Wehner zu seinen Stellvertretern. Fritz Erler wird im März 1963 neuer Fraktionsvorsitzender.



- » 19. September 1965: Wahl zum fünften Deutschen Bundestag
- » Die SPD erreicht 39,3 % der Wählerstimmen.
- » 1966: Die Regierungs-Koalition aus CDU/CSU und FDP löst sich auf.
- » SPD und CDU/CSU vereinbaren die Bildung einer »Großen Koalition«.
- » November 1966: CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard tritt zurück.
- » Dezember 1966: Die neue Regierung aus CDU/CSU und SPD wird vereidigt. Bundeskanzler ist Kurt Georg Kiesinger (CDU), Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt.
- » Februar 1967: Tod von Fritz Erler Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Helmut Schmidt.
- » 5. März 1969: Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) wird zum Bundespräsidenten gewählt.

*Helmut Schmidt mit Herbert Wehner
Käthe Strobel
Karl Mommer
Gustav Heinemann*

1965–1969



Kabinett der großen Koalition · 1966

Die fünfte Legislaturperiode bringt die SPD erstmals seit der Weimarer Zeit wieder in die Regierung. Der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD gehören für die SPD Willy Brandt als Außenminister und Vizekanzler sowie weitere sieben Minister und eine Ministerin – Käthe Strobel (Gesundheit) – an. Nachfolger Carlo Schmid als Bundestagvizepräsident wird Karl Mommer.

Um noch bestehende Vorbehaltsrechte westlicher Besatzungsmächte für den Notstands- und Kriegsfall abzulösen, ist die Bundesrepublik verpflichtet, eigene gesetzliche Regelungen zu finden. Unter dem Einfluss der SPD und einer starken außerparlamentarischen Opposition werden die vorliegenden Pläne grundlegend geändert und treten 1968 in Kraft. Die außerparlamentarische Opposition (APO) lehnt auch die neugefassten Notstandsgesetze ab.

Weltweite Beachtung findet die Wahl des neuen Bundespräsidenten im Frühjahr 1969: Mit Gustav Heinemann wird zum ersten Mal ein Sozialdemokrat Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland.



- » 28. September 1969: Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag
- » Die SPD erhält 42,7 % der Stimmen.
- » SPD und FDP bilden eine Regierungskoalition. Hermann Schmitt-Vockenhäuser und erneut Carlo Schmid werden zu Bundestagsvizepräsidenten gewählt.



- » Oktober 1969: Willy Brandt wird zum neuen Bundeskanzler gewählt, Außenminister und Vizekanzler wird Walter Scheel (FDP). Helmut Schmidt wird Verteidigungsminister, sein Nachfolger als SPD-Fraktionsvorsitzender wird Herbert Wehner.

- » 1970: Die Gewaltverzichts-Verträge mit Moskau und Warschau (Ostverträge) werden unterzeichnet.



- » Dezember 1971: Brandt erhält den Friedensnobelpreis.
- » April 1972: Das Misstrauensvotum gegen Brandt scheitert.
- » Die Patt-Situation im Bundestag zwingt zu Neuwahlen.

Willy Brandt in Warschau 1970

Herbert Wehner

Friedens-Nobelpreis für Willy Brandt 1971

1969–1972



Bundeskabinett unter Willy Brandt · 1971

Die neue sozial-liberale Koalition will der Westintegration endlich auch Fortschritte im Verhältnis mit dem Osten folgen lassen und einen »Wandel durch Annäherung« herbei führen. Die staatliche Existenz der DDR wird anerkannt, mit den Staaten des Ostblocks beginnen Verhandlungen, die zu den Gewaltverzichts-Verträgen mit Moskau und Warschau führen.

Die Verdienste Willy Brandts um die Entspannung werden mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Die Ost- und Entspannungspolitik der Regierung Brandt stößt bei der Union auf Widerspruch, findet aber in der Bevölkerung breite Unterstützung.

Ein Misstrauensvotum der CDU/CSU gegen Brandt scheitert. Durch Parteiübertritte entsteht im Bundestag eine Patt-Situation, die Parteien einigen sich auf vorgezogene Neuwahlen.

Durch die Ostverträge wird ein langsamer Versöhnungsprozess mit Polen in Gang gesetzt, der das nachholt, was mit Frankreich bereits erreicht worden war.



- » 19. November 1972: Wahl zum siebenten Deutschen Bundestag
- » Die SPD erreicht 45,8 % der Stimmen.
- » Annemarie Renger wird Bundestags-Präsidentin.
- » SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.
- » Dezember 1972: Grundlagenvertrag mit der DDR
- » Dezember 1973: Vertrag mit Prag
- » Mai 1974: Bundeskanzler Willy Brandt tritt wegen der Guillaume-Affäre zurück.
- » Brandts Nachfolger als Bundeskanzler wird Helmut Schmidt.

*Herbert Wehner mit Willy Brandt
Annemarie Renger
Abstimmung der Ostverträge
Katharina Focke
Helmut Schmidt*

1972–1976



Krisenstab · 1973

Die Wahl zum siebenten Deutschen Bundestag bringt der SPD den größten Wahlerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik. Als stärkste Fraktion besetzt sie auch das Amt des Bundestagspräsidenten. Annemarie Renger wird das erste SPD-Mitglied und die erste Frau in dieser Funktion. Die SPD treibt ihre Ostpolitik voran. Die Bundesrepublik und die DDR nehmen offizielle Beziehungen auf, der Prager Vertrag vom Dezember 1973 und der KSZE-Vertrag von Helsinki (1975) bringen die »neue Ostpolitik« zu einem ersten Abschluss.

Die Entlarvung des Kanzlerreferenten Guillaume als Spion der DDR veranlasst Brandt am 5. Mai 1974 zum Rücktritt, am 15. Mai wird Helmut Schmidt zu seinem Nachfolger gewählt. Im selben Monat wählt die Bundesversammlung den FDP-Politiker Walter Scheel zum Bundespräsidenten.

Wie die vorige, so ist auch diese Legislaturperiode geprägt vom Kampf gegen den Terrorismus. In der Gesetzgebung setzt sich die SPD-Bundstagsfraktion mit ihren Vorstellungen für ein neues Ehe- und Familienrecht, die Neuregelung des Paragraphen 218 sowie eine Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme durch.

Die beiden Ölpreiskrisen veranlassen Helmut Schmidt, sich intensiv um weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu kümmern. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten entwickelt er die Weltwirtschaftsgipfel.



- » 3. Oktober 1976: Wahl zum achten Deutschen Bundestag
- » Die SPD kommt auf 42,6 %.
- » SPD-Fraktionsvorsitzender wird erneut Herbert Wehner.
- » Bundestagsvizepräsidenten werden Annemarie Renger und Hermann Schmitt-Vockenhausen.
- » Die Koalition mit der FDP wird fortgesetzt.
- » Willy Brandt wird Präsident der Sozialistischen Internationale.

*Herbert Ehrenberg und Anke Fuchs
Hans-Jochen Vogel mit Hans-Jürgen Wischniewski
Hans-Jürgen Wischniewski
Olaf Palme im Gespräch mit Willy Brandt*

1976–1980



Koalitionsgesprächsrunde SPD / FDP · 1976

Das Land wird durch Terror-Morde an prominenten Persönlichkeiten erschüttert, der Staat vor eine nie da gewesene, schwere Probe gestellt. Der Deutsche Bundestag reagiert unter anderem mit neuen Anti-Terror-Gesetzen.

In der Familienpolitik setzt die SPD-Fraktion weitere ihrer Ziele um: der Mutterschutz wird verbessert, das Kindergeld erhöht, die Einrichtung von Unterhaltvorschusskassen wird beschlossen, das Recht der elterlichen Sorge wird neu geregelt.

Zur Anregung der Binnenkonjunktur werden erhebliche Steuerentlastungen insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen beschlossen.

Die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern wird verbessert.

Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wird abgeschafft.



- » 5. Oktober 1980: Wahl zum neunten Bundestag
- » Die SPD erreicht 42,9 % der Stimmen.
- » SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.
- » Zu Bundestagsvizepräsidenten werden Annemarie Renger und Georg Leber gewählt.
- » Die Regierungs-Koalition zwischen SPD und FDP wird zunächst fortgesetzt.
- » September 1982: Als Reaktion auf den »Wendebrief« der FDP erklärt Bundeskanzler Helmut Schmidt die Koalition für beendet. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum von Union und FDP wird Schmidt abgewählt. Neuer Bundeskanzler wird Helmut Kohl (CDU).

*Hanz-Jochen Vogel, Willy Brandt, Herbert Wehner
Antje Huber
Helmut Schmidt, Hans-Diedrich Genscher
Helmut Schmidt
Herbert Wehner*

1980–1983



Regierungserklärung von Helmut Schmidt · 1980

Geprägt wurde die neunte Legislaturperiode unter anderem durch die Auseinandersetzung über den innerhalb der SPD umstrittenen Nato-Doppelbeschluss (Dezember 1979), mit dem Helmut Schmidt den Rüstungsvorsprung der Sowjetunion im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen beseitigen wollte. Der 1983 neu gewählte Bundestag erteilt im November 1983 mit den Stimmen der neuen Regierungskoalition aus Union und FDP seine Zustimmung zur Nachrüstung.

Auf Grund von Streitigkeiten über sozialpolitische Kürzungen (»Wendebrief« Graf Lambsdorfs) wechselt die FDP auf die Seite der CDU/CSU. Einige bekannte FDP-Politiker schließen sich der SPD an. Mit der Abwahl des SPD-Bundeskanzlers geht die sehr erfolgreiche sozialliberale Ära zu Ende.



- » 6. März 1983: Wahl zum zehnten Deutschen Bundestag
- » Die SPD kommt auf 38,2%. Sie muss jetzt erneut die Oppositionsrolle übernehmen.
- » Neuer Fraktionsvorsitzender wird Hans-Jochen Vogel.
- » Zu Bundestagsvizepräsidenten werden Annemarie Renger und Heinz Westphal gewählt.
- » Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält 1985 eine im In- und Ausland vielbeachtete Rede zum 40. Jahrestags des Kriegsendes.

Hans-Jochen Vogel

Anke Fuchs

Heinz Westphal

Herta Däubler-Gmelin

1983–1987



Ehemaliges Wasserwerk als Ausweichquartier des Plenarsaals · 1986

Auch in der Rolle der Opposition sieht sich die SPD unverändert ihrem eigenen Anspruch und dem Wählerauftrag verpflichtet, soziale Gerechtigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durchzusetzen. Die SPD-Fraktion erarbeitet umfangreiche Initiativen, unter anderem Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Jugendarbeitslosigkeit und der Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt (Programm »Arbeit und Umwelt«, 1984). In gleicher Weise fordert sie eine Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten und die langfristige Sicherung der Altersrenten. Drei Gesetzesinitiativen gelten dem Ausbau der Mitbestimmung. Mit einer Normenkontrollklage unterstützt die Fraktion die Gewerkschaften im Kampf gegen die kalte Aussperrung.

In Fortentwicklung ihrer Außenpolitik entwirft sie Pläne für eine »Sicherheitspartnerschaft« mit dem Osten (Reduktion der Rüstungskosten, Chemiewaffenfreie Zone, Verstärkung vertrauensbildender Maßnahmen, Teststoppabkommen), die nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow im Ostblock auf großes Interesse stoßen.



- » 25. Januar 1987: Wahl zum elften Deutschen Bundestag. Die SPD erreicht 37%.
- » März 1987: Willy Brandt tritt als Parteivorsitzender zurück, sein Nachfolger wird Hans-Jochen Vogel, der Ende Januar erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war. Erneut werden Annemarie Renger und Heinz Westphal zu Vizepräsidenten gewählt.
- » November 1989: Fall der Berliner Mauer
- » Im Januar 1990 stirbt der langjährige Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner.
- » März 1990: Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR, die SPD erhält dort 21,9 %.
- » August 1990: Wiederherstellung der Einheit der SPD
- » Oktober 1990: Vereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR

Herta Däubler-Gmelin

Hans-Jochen Vogel begrüßt Michail Gorbatschow

Willy Brandt, Walter Momper · 10. November 1989

Regine Hildebrandt

Wolfgang Thierse

1987–1990



Öffnung der Mauer am Potsdamer Platz · 12. November 1989

Diese Legislaturperiode steht ganz im Zeichen der Massendemonstrationen in der DDR, des Mauerfalls und schließlich der Wiedervereinigung – korrekter: des Beitritts der DDR zum Gebiet der Bundesrepublik. Am 20. September 1990 stimmen sowohl die – im März erstmals frei gewählte – Volkskammer als auch der Deutsche Bundestag dem Einigungsvertrag zu, am 3. Oktober wird die Vereinigung vollzogen. Am 2. Dezember werden Gesamtdeutsche Bundestagswahlen abgehalten. In diesen Ereignissen, die weltweit mit großer Anteilnahme und Sympathie verfolgt werden, hat die Entspannungspolitik Willy Brandts ihre Vollendung gefunden: »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört«.

Auf Vorschlag von Hans-Jochen Vogel führt die Fraktion die Frauenquote ein, nach der bis 1998 der Anteil der Frauen in der Fraktion in ihren Führungsgremien auf 40 Prozent steigen soll.



- » 2. Dezember 1990: Wahl zum zwölften Deutschen Bundestag
- » Die SPD erreicht 33,5 % der Stimmen.
- » Ende Mai 1991 wird Björn Engholm zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.
- » Fraktionsvorsitzender bleibt bis 1991 Hans-Jochen Vogel, sein Nachfolger in diesem Amt wird Hans-Ulrich Klose. Bundestagsvizepräsidenten werden Renate Schmidt und Helmuth Becker.
- » Am 8. Oktober 1992 stirbt Willy Brandt.
- » Im Mai 1993 erklärt Engholm seinen Rücktritt vom Parteivorsitz, kommissarischer Vorsitzender wird Johannes Rau.
- » Ende Juni 1993 wählt ein außerordentlicher Parteitag Rudolf Scharping zum neuen Parteichef.

*Hans-Ulrich Klose
Ingrid Matthäus-Maier
Helmuth Becker
Rudolf Dressler*

1990–1994



Maastricht

Die SPD und ihre Bundestagsfraktion sehen in der schnellen wirtschaftlichen Integration der Neuen Länder und damit in der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse ein zentrales politisches Ziel. Außenpolitisch setzt die SPD starke Akzente beim Thema Abrüstung. Ihre Forderung nach Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik wird durchgesetzt. Außerdem werden Teile der konventionellen Waffen in Ost und West vernichtet.

Am 20. Juni 1991 beschließt der Bundestag mit der knappen Mehrheit von 337 zu 320 Stimmen, den Sitz des Deutschen Bundestages nach Berlin zu verlegen.

Am 2. Dezember 1992 treten die Verträge von Maastricht in Kraft – die Europäische Gemeinschaft wird zur Europäischen Union.

Durch Klagen beim Bundesverfassungsgericht führt die SPD-Bundestagsfraktion eine rechtliche Klarstellung für Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets herbei: out-of-area-Einsätze sind möglich, wenn sie der Friedenssicherung dienen und der Bundestag zuvor zugestimmt hat.



- » 16. Oktober 1994: Wahl zum 13. Deutschen Bundestag
- » Die SPD steigert sich auf 36,4% und muss sich nur knapp der Koalition aus CDU/CSU und FDP geschlagen geben.



- » Neuer Fraktionschef wird Rudolf Scharping.
- » Bundestagsvizepräsident wird Hans-Ulrich Klose.



- » Rudolf Scharping wird im November 1995 von Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender abgelöst.



*Rudolf Scharping
Günter Verheugen
Katrin Fuchs
Otto Schily*

1994–1998



Fraktionssitzung

Im März 1994 wird der Beschluss vom 20. Juni 1991 zur Verlagerung des Parlaments und der Regierung nach Berlin durch ein Gesetz umgesetzt. Dabei wird eine faire Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn geregelt.

Mit dem Postneuordnungsgesetz wird die Privatisierung der Deutschen Bundespost eingeleitet.

Wichtige Änderungen des Grundgesetzes werden beschlossen. So finden mit der Verpflichtung des Staates zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, dem Benachteiligungsverbot von behinderten Menschen und der Aufnahme des Staatsziels Umweltschutz sozialdemokratische Ziele Aufnahme in die Verfassung.

Im Frühjahr 1995 tritt das Schengener Abkommen in Kraft, mit dem in den EU-Staaten – ausgenommen Großbritannien und Irland – die Personenkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft werden. Im November 1995 stimmt der Bundestag mit großer Mehrheit und Stimmen aus allen Fraktionen dem Vorschlag der Bundesregierung zu, die Bundeswehr an einer Nato-Friedenstruppe für Bosnien-Herzegowina zu beteiligen.



- » 27. September 1998: Wahl zum 14. Deutschen Bundestag
- » Die SPD erringt mit 40,9 % der Stimmen einen eindrucksvollen Wahlsieg.
- » SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Regierungskoalition.
- » 25. Oktober 1998: Gerhard Schröder wird zum Bundeskanzler gewählt



- » Neuer SPD-Fraktionsvorsitzender wird Dr. Peter Struck, ab Juli 2002 für den Rest der Legislaturperiode Ludwig Stiegler.



- » Neuer Präsident des Deutschen Bundestages wird Wolfgang Thierse, Anke Fuchs wird zur Vizepräsidentin gewählt.



- » Im März 1999 tritt Lafontaine als Bundesfinanzminister und als Parteivorsitzender zurück, im April wird Gerhard Schröder zu seinem Nachfolger als Parteichef gewählt.



- » 23. Mai 1999: Mit Johannes Rau wird wieder eine Persönlichkeit aus den Reihen der SPD zum Bundespräsidenten gewählt.

*Gerhard Schröder
Dr. Peter Struck und Ludwig Stiegler
Johannes Rau
Anke Fuchs
Wolfgang Thierse*

1998–2002



Wichtige Teile von SPD und Grünen angekündigten Maßnahmen werden umgehend verwirklicht: Erhöhung des Kindergeldes, Umsetzung von Teilen der Steuerreform, Wiederherstellung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes auch in kleinen Betrieben. Die Mittel für Bildung und Forschung werden erhöht. Der Atomenergie-Ausstieg, die Ökosteuer und die Förderung erneuerbarer Energien sind wichtige Modernisierungsschritte. Mit den Ökosteuererinnahmen werden die Rentenversicherungsbeiträge gesenkt.

Die rot-grüne Koalition erzielt erste Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Betrug diese 1998 noch 4,28 Millionen konnte sie bis 2001 auf 3,85 Millionen gesenkt werden. Erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der anschließenden Weltwirtschaftskrise steigt die Arbeitslosigkeit 2002 wieder auf 4,06 Millionen an.

Die Zwangsarbeiterentschädigung wird endlich geregelt. Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht fördert die Integration. Lebenspartnerschaften erhalten mehr Rechte. Nach dem 11. September 2001 setzt Bundeskanzler Schröder die Bereitstellung von 3.900 Bundeswehr-Soldaten für den Anti-Terrorkampf durch. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, weist unter anderem nach, dass CDU-Bundeskanzler Kohl über 20 Millionen Mark vereinnahmt hat, die nicht im Rechenschaftsbericht der CDU ausgewiesen wurden.

Im September 2002 werden Eckpunkte zur Umsetzung des Hartz-Konzepts im Bundestag beschlossen. Am 1. Januar 2002 wird der EURO alleiniges Zahlungsmittel.



- » 22. September 2002: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag
- » Die SPD kommt auf 38,5 % der Wählerstimmen und kann wiederum eine Regierungskoalition mit den Grünen bilden.
- » Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Franz Müntefering.
- » Bundestagspräsident wird erneut Wolfgang Thierse, Susanne Kastner wird zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt.
- » März 2003: Die Bundesregierung beschließt die Agenda 2010.
- » März 2004: Bundeskanzler Gerhard Schröder gibt den Parteivorsitz auf, das Amt übernimmt Franz Müntefering zusätzlich zum Fraktionsvorsitz.
- » Juli 2005: Bundeskanzler Gerhard Schröder scheidet im Bundestag mit einer Vertrauensfrage. Der Bundespräsident löst den Bundestag auf und ordnet Neuwahlen für den 18. September 2005 an.

*Susanne Kastner
Renate Schmidt
Joachim Poß
Ulla Schmidt
Franz Müntefering*

2002–2005



Gerhard Schröder, Klaus Uwe Benneter, Franz Müntefering

Vor allem ein Thema beherrscht die Legislaturperiode: die mutige Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme, die Agenda 2010. Ziel der Regierung Schröder ist es, die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Sozialsysteme auch für künftige Generationen zu sichern. Die dazugehörigen vier Gesetzespakete treten im März 2003 in Kraft. Durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen werden viele Arbeitslose schneller in den Arbeitsprozess zurückgebracht. Das Jahr 2004 bringt wichtige Reformen, so unter anderem die Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Juni 2004 wird ein Ausbildungspakt zwischen Regierung und Wirtschaft geschlossen. Mit der Gesundheitsreform wird das hohe Niveau der gesundheitlichen Versorgung gesichert und die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert. Die Ganztagschulen werden ausgebaut, ein Gesetz für die frühkindliche Betreuung wird auf den Weg gebracht, weitere erfolgreiche gesetzliche Initiativen sind u.a. die steuerliche Entlastung für allein Erziehende, die Opferrechtsreform, der verbesserte Schutz der Privatsphäre bei Lauschaktionen sowie Gesetze zum Emissionshandel, zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Gentechnik.

Die Steuerreform 2000 wird zum Abschluss gebracht. Damit hat die rot-grüne Koalition das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Höhe von fast 60 Milliarden Euro umgesetzt.



- » 18. September 2005: vorgezogene Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. Die SPD erhält 34,2 Prozent, CDU/CSU 35,2 Prozent der Stimmen. Es kommt zur Bildung einer Großen Koalition.



- » Am 15. November wird Matthias Platzeck zum neuen Vorsitzenden der SPD gewählt. Er folgt Franz Müntefering, der nicht mehr kandidiert.

- » Am 21. November wird Dr. Peter Struck zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.



- » Am 22. November 2005 wird Angela Merkel (CDU) zur Bundeskanzlerin gewählt. Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering wird Vizekanzler. Ihm folgt im November 2007 Außenminister Frank-Walter Steinmeier.



- » Johannes Rau, Bundespräsident von 1999 bis 2004, stirbt am 27. Januar 2006 im Alter von 76 Jahren.

- » Im April tritt Matthias Platzeck aus gesundheitlichen Gründen vom Parteivorsitz zurück. Sein Nachfolger wird am 14. Mai Kurt Beck.



- » Auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 gibt sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm.

*Dr. Peter Struck mit Günter Grass
Frank-Walter Steinmeier
Petra Ernstberger
Olaf Scholz
Thomas Oppermann*

ab 2005



Die Europäischen Sozialisten auf einem Treffen vor dem EU-Gipfel während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007.

Im Koalitionsvertrag kann die SPD gegen teils heftigen Widerstand von CDU und CSU wichtige Punkte durchsetzen. So werden Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz bewahrt. Das Unternehmensteuerrecht wird zu einem international wettbewerbsfähigen Steuersystem weiterentwickelt. Der Steuersatz für Spitzenverdiener wird erhöht. Der SPD gelingt es entgegen den Wünschen von CDU/CSU, die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln und damit die Finanzkraft der Kommunen zu stärken.

Mit dem Programm »Innovation, Wachstum und Beschäftigung« werden bis zum Jahr 2009 25 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen, Energieeinsparungen, Förderung von Mittelstand und Handwerk sowie zur Förderung von Familien bereit gestellt.

Wesentliche Schritte zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns werden umgesetzt. Bildung, Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind weitere Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik in der Großen Koalition. So werden das Elterngeld eingeführt, Kita-Plätze ausgebaut und das BAföG erhöht.

Die Reformen der rot-grünen Koalition beginnen zu wirken: Die Arbeitslosenquote liegt im Mai 2008 erstmals seit 16 Jahren wieder unter 8 Prozent. Im Juni beträgt sie 7,5 Prozent. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden um über 3 Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand seit 1981 gesenkt. Die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt liegen stabil bei unter 40 Prozent. Im Jahr 2008 liegt die Nettokreditaufnahme so niedrig, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Fraktionsvorstand

Der Fraktionsvorstand setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands und je nach Wahlperiode bis zu 30 aus der Fraktion gewählten Mitgliedern (erweiterter Fraktionsvorstand). Der Fraktionsvorstand führt die Geschäfte der Fraktion, plant ihre Arbeit, bereitet die Fraktionssitzungen vor und berichtet der Fraktion über seine Beratungen.

Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand (GfV) bereitet die Sitzungen des Fraktionsvorstandes vor und unterrichtet diesen über die Regelung laufender Angelegenheiten der Geschäftsführung. Der Vorsitzende der Fraktion, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Parlamentarische Geschäftsführer/innen bilden den GfV.

1. Wahlperiode (14. 8. 1949)

Vorsitzende

Kurt Schumacher (bis 20. 8. 1952)
Erich Ollenhauer (ab 7. 10. 1952)

Stellvertretende Vorsitzende

Erich Ollenhauer (bis 7. 10. 1952)
Carlo Schmid
Erwin Schoettle (ab 13. 3. 1951)

Parlamentarische Geschäftsführer

Wilhelm Mellies (polit. Sekretär bis 7. 10. 1952)
Walter Menzel (polit. Sekretär ab 7. 10. 1952)
Adolf Arndt (jurist. Sekretär)

Bundestagsvizepräsident*

Carlo Schmid

2. Wahlperiode (6. 9. 1953)

Vorsitzender

Erich Ollenhauer

Stellvertretende Vorsitzende

Wilhelm Mellies
Erwin Schoettle

Parlamentarische Geschäftsführer

Walter Menzel
Adolf Arndt (juristischer Geschäftsführer)

Bundestagsvizepräsident*

Carlo Schmid

* Bundestags(vize)präsidenten aus der SPD-Fraktion sind erst ab der 5. Wahlperiode Kraft Amtes Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes.

3. Wahlperiode (15. 9. 1957)

Vorsitzender

Erich Ollenhauer

Stellvertretende Vorsitzende

Fritz Erler

Carlo Schmid

Herbert Wehner (bis 18. 6. 1958)

Heinrich Deist (ab 4. 11. 1958)

Parlamentarische Geschäftsführer

Adolf Arndt

Walter Menzel

Karl Mommer

Bundestagsvizepräsident*

Carlo Schmid

4. Wahlperiode (17. 9. 1961)

Vorsitzende

Erich Ollenhauer (bis 14. 12. 1963)

Fritz Erler (ab 3. 3. 1964)

Stellvertretende Vorsitzende

Heinrich Deist (bis 7. 3. 1964)

Alex Möller (ab 16. 4. 1964)

Fritz Erler (bis 3. 3. 1964)

Erwin Schoettle (ab 3. 3. 1964)

Carlo Schmid

Herbert Wehner (ab 3. 3. 1964)

Parlamentarische Geschäftsführer

Gerhard Jahn (bis 12. 3. 1963)

Karl Mommer

Friedrich Schäfer

Bundestagsvizepräsidenten

Carlo Schmid

Erwin Schoettle

5. Wahlperiode (19. 9. 1965)

Vorsitzende

Fritz Erler (bis 22. 2. 1967)
Helmut Schmidt (ab 14. 3. 1967)

Stellvertretende Vorsitzende

Alex Möller
Karl Schiller (bis 1. 12. 1966)
Egon Franke (ab 13. 12. 1966)
Helmut Schmidt (bis 14. 3. 1967)
Herbert Wehner (bis 1. 12. 1966)
Martin Hirsch (ab 13. 12. 1966)
Ernst Schellenberg (ab 13. 12. 1966)

Parlamentarische Geschäftsführer

Gerhard Jahn (bis 27. 4. 1967)
Manfred Schulte (ab 27. 4. 1967)
Karl Mommer (bis 14. 12. 1966)
Heinz Frehsee (ab 24. 1. 1967)
Friedrich Schäfer (bis 14. 2. 1967)
Karl Wienand (ab 7. 3. 1967)

Bundestagsvizepräsidenten

Carlo Schmid (bis 1. 12. 1966)
Karl Mommer (ab 14. 12. 1966)
Erwin Schoettle

6. Wahlperiode (28. 9. 1969)

Vorsitzender

Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende

Hans Apel

Martin Hirsch (bis 8. 11. 1971)

Alex Möller (ab 13. 6. 1972)

Hans-Jürgen Junghans (bis 13. 6. 1972)

Konrad Porzner (ab 13. 6. 1972)

Friedrich Schäfer

Ernst Schellenberg

Parlamentarische Geschäftsführer

Heinz Frehsee

Annemarie Renger

Manfred Schulte

Karl Wienand

Bundestagsvizepräsidenten

Carlo Schmid

Hermann Schmitt-Vockenhausen

7. Wahlperiode (19. 11. 1972)

Vorsitzender

Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende

Klaus-Dieter Arndt (bis 29. 1. 1974)

Herbert Ehrenberg (ab 21. 3. 1974)

Günter Metzger

Alex Möller

Friedrich Schäfer

Ernst Schellenberg (bis 11. 6. 1975)

Adolf Schmidt (ab 11. 6. 1975)

Parlamentarische Geschäftsführer

Helmut Lenders

Manfred Schulte (bis 18. 12. 1974)

Gerhard Jahn (ab 18. 12. 1974)

Helga Timm

Karl Wienand (bis 30. 8. 1974)

Konrad Porzner (ab 18. 12. 1974)

Bundestags(vize)präsidenten

Annemarie Renger (Bundestagspräsidentin)

Hermann Schmitt-Vockenhausen
(Bundestagsvizepräsident)

8. Wahlperiode (3. 10. 1976)

Vorsitzender

Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende

Bruno Friedrich (bis 30. 9. 1979)

Helmut Rohde (ab 30. 9. 1979)

Karl Liedtke

Friedrich Schäfer

Adolf Schmidt (bis 15. 12. 1977)

Walter Arendt (ab 15. 12. 1977)

Olaf Sund (bis 17. 5. 1977)

Horst Ehmke (ab 27. 5. 1977)

Parlamentarische Geschäftsführer

Helmut Becker

Gerhard Jahn

Konrad Porzner

Helga Timm

Elfriede Eilers (ab 15. 12. 1977)

Bundestagsvizepräsidenten

Annemarie Renger

Hermann Schmitt-Vockenhausen (bis 2. 8. 1979)

Georg Leber (ab 12. 9. 1979)

9. Wahlperiode (5. 8. 1980)

Vorsitzender

Herbert Wehner

Stellvertretende Vorsitzende

Horst Ehmke

Karl Liedtke

Marie Schlei (bis 3. 11. 1981)

Lothar Löffler (ab 12. 11. 1981)

Helmuth Rohde

Hans-Jürgen Wischnewski (bis 12. 11. 1981)

Wolfgang Roth (ab 12. 11. 1981)

Parlamentarische Geschäftsführer

Carl Ewen

Gerhard Jahn

Konrad Porzner (bis 28.1.1981)

Jürgen Linde (ab 29.1.1981)

Helga Timm

Werner Zeitler

Bundestagsvizepräsidenten

Annemarie Renger

Georg Leber

10. Wahlperiode (6. 3. 1983)

Vorsitzender

Hans-Jochen Vogel

Stellvertretende Vorsitzende

Hans Apel

Herta Däubler-Gmelin

Horst Ehmke

Alfred Emmerlich

Anke Fuchs

Volker Hauff

Wolfgang Roth

Jürgen Schmude (bis 21. 5. 1985)

Wilfried Penner (ab 20. 6. 1985)

Parlamentarische Geschäftsführer

Helmut Becker

Carl Ewen

Gerhard Jahn

Konrad Porzner

Helga Timm

Elfriede Eilers (ab 15. 12. 1977)

Bundestagsvizepräsidenten

Annemarie Renger

Heinz Westphal

11. Wahlperiode (25. 1. 1987)

Vorsitzender

Hans-Jochen Vogel

Stellvertretende Vorsitzende

Hans Apel (bis 5. 9. 1988)

Ingrid Matthäus-Maier (ab 27. 9. 1988)

Herta Däubler-Gmelin

Horst Ehmke

Anke Fuchs (bis 22. 6. 1987)

Rudolf Dreßler (ab 23. 6. 1987)

Volker Hauff (bis 4. 3. 1988)

Harald B. Schäfer (ab 3. 5. 1988)

Wilfried Penner

Wolfgang Roth

Renate Schmidt

Wolfgang Thierse (ab 4. 10. 1990)

Parlamentarische Geschäftsführer

Helmuth Becker

Gerhard Jahn

Brigitte Traupe

Gudrun Weyel

Christian Schultze (ab 4. 10. 1990)

Bundestagsvizepräsidenten

Annemarie Renger

Heinz Westphal

12. Wahlperiode (2. 12. 1990)

Vorsitzende

Hans-Jochen Vogel (bis 12. 11. 1991)

Hans-Ulrich Klose (ab 12. 11. 1991)

Stellvertretende Vorsitzende

Ingrid Becker-Inglau (bis 10. 12. 1991)

Herta Däubler-Gmelin (bis 11. 5. 1993)

Rudolf Dreßler

Anke Fuchs (ab 11. 5. 1993)

Norbert Gansel (bis 10. 12. 1991)

Ingrid Matthäus-Maier

Wilfried Penner (bis 10. 12. 1991)

Wolfgang Roth (bis 10. 12. 1991)

Harald B. Schäfer (bis 10. 12. 1991)

Wolfgang Thierse

Parlamentarische Geschäftsführer

Peter Struck

Gerlinde Hämmerle (bis 31. 7. 1994)

Uwe Küster

Franz Müntefering (bis 8. 12. 1992)

Günter Verheugen (ab 2. 3. 1993 bis 15. 8. 1993)

Gudrun Weyel

Bundestagsvizepräsidenten

Helmuth Becker

Renate Schmidt

13. Wahlperiode (16. 10. 1994)

Vorsitzender

Rudolf Scharping

Stellvertretende Vorsitzende

Rudolf Dreßler

Anke Fuchs

Ingrid Matthäus Maier

Otto Schily

Wolfgang Thierse

Günter Verheugen (bis 18. 3. 1997)

Ottmar Schreiner (ab 18. 3. 1997)

Parlamentarische Geschäftsführer

Peter Struck

Wolf- Michael Catenhusen

Katrin Fuchs

Uwe Küster

Wilhelm Schmidt

Bundestagsvizepräsident

Hans- Ulrich Klose

14. Wahlperiode (27. 9. 1998)

Vorsitzende

Dr. Peter Struck (bis 19. 7. 2002)

Ludwig Stiegler (ab 25. 7. 2002 bis 24. 9. 2002)

Stellvertretende Vorsitzende

Gernot Erler

Iris Gleicke

Sabine Kaspereit

Michael Müller

Ludwig Stiegler (bis 24. 7. 2002)

Ingrid Matthäus-Maier (bis 3. 5. 1999)

Joachim Poß (ab 3. 5. 1999)

Ernst Schwanhold (bis 14. 3. 2000)

Norbert Wieczorek (ab 14. 3. 2000)

Rudolf Dreßler (bis 11. 9. 2000)

Gudrun Schaich-Walch

(vom 11. 9. 2000 bis 23. 1. 2001)

Hildegard Wester (ab 23. 1. 2001)

Ulla Schmidt (bis 12. 1. 2002)

Franz Thönnies (ab 23. 1. 2002)

Parlamentarische Geschäftsführer

Wilhelm Schmidt

Dr. Angelica Schwall-Düren

Ilse Janz

Susanne Kastner

Dr. Uwe Küster

Bundestags(vize)präsidenten

Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident)

Anke Fuchs (Bundestagsvizepräsidentin)

15. Wahlperiode (22. 9. 2002)

Vorsitzender

Franz Müntefering

Stellvertretende Vorsitzende

Gernot Eler

Hans-Joachim Hacker

Nicolette Kressl

Michael Müller

Ludwig Stiegler

Joachim Poß

Gudrun Schaich-Walch

Dr. Angelica Schwall-Düren

Parlamentarische Geschäftsführer

Wilhelm Schmidt

Nina Hauer (bis 22. 11. 2004)

Petra Ernstberger (ab 23. 11. 2004)

Ute Kumpf

Dr. Uwe Küster

Bundestags(vize)präsidenten

Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident)

Susanne Kastner (Bundestagsvizepräsidentin)

Justitiar

Hermann Bachmaier (ab 4. 11. 2002)

16. Wahlperiode ab 2005

Vorsitzender

Peter Struck

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Elke Ferner

Stephan Hilsberg (bis 20. 3. 2007)

Klaas Hübner (ab 20. 3. 2007)

Ulrich Kelber

Walter Kolbow

Fritz Rudolf Körper

Nicolette Kressl (bis 17. 11. 2002)

Christel Humme (ab 26. 11. 2002)

Joachim Poß

Angelica Schwall-Düren

Ludwig Stiegler

Parlamentarische Geschäftsführer

Olaf Scholz (bis 21. 11. 2007)

Thomas Oppermann (ab 26. 11. 2007)

Petra Ernstberger

Iris Gleicke

Ute Kumpf

Christian Lange

Bundestagsvizepräsidenten

Dr. h. c. Susanne Kastner

Wolfgang Thierse

Justitiar der Fraktion

Klaus Uwe Benneter

FOTOS: KLAUS VYHNALEK (TITEL); PICTURE ALLIANCE (7, 9, 10.2, 10.3, 11, 12.1-4, 13, 14.1, 14.3, 15, 16.1-5, 18.2-4, 19, 20.3-5, 21, 22.2, 23, 24.2-3, 26.1-2, 28.1-2, 28.4, 30.2-3, 30.5, 33, 35???)
FOTOARCHIV JUPP DARCHINGER / FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (3, 4.1-5, 6.1-4, 8.1-4, 10.1, 10.4, 14.2, 17, 18.1, 20.1-2, 22.1, 22.3, 24.1, 24.4-5, 26.3, 28.3, 29, 31, 32.2)
PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG/BUNDESBILDSTELLE (5)
JOSE GIRIBAS (25); BILDERBOX-WODICKA ERWIN (27)

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

TEXT UND REDAKTION: RALF BERGMANN, ANJA LINNEKUGEL · **FOTOS:** NACHWEISE SIEHE SEITE 52

GESAMTHERSTELLUNG: WWW.KIPPCONCEPT.DE

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER
INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ZUM ZWECK DER WAHLWERBUNG
VERWENDET WERDEN.